Wann haben Sie Bamberg verlassen?

Durch die Scheidung meiner Eltern und dem arbeitsbedingten Umzug meiner Mutter nach Frankfurt am Main lebte ich seit meinem achten Lebensjahr nicht mehr im Kreis Bamberg.

Kommen Sie noch manchmal in die Stadt?

Seit dem Tod meines Vaters vor etwas mehr als fünf Jahren leider kaum noch. Mein Lebensmittelpunkt ist mittlerweile in Nordrhein-Westfalen. Wenn meine Kinder etwas älter sind, werde ich ihnen aber zeigen, wo ich aufgewachsen bin. Ich kann mir gut vorstellen, dann auch wieder öfter zum Urlaub zu kommen.

Was verbinden Sie mit ihrer alten Heimat Bamberg?

Nach der Scheidung meiner Eltern blieb mein Vater im Landkreis Bamberg, so dass mein Bruder und ich über Ferien und regelmäßige Wochenenden all die Jahre zu Besuch kamen. Ostern, Sommerferien, Weihnachten, Silvester verbrachten wir immer dort. Das blieb auch in der Studentenzeit so. Mit Bamberg verbinde ich also einen sorgenlosen Teil meiner Kindheit und Jugend: der gemütliche Dialekt, Freibadbesuche, Freizeitland Geiselwind, Sommerrodeln in Pottenstein, endlose Spaziergänge am Fuße der Altenburg, Gasthäuser und Biergärten, Schnitzel und leckeres Bier in Steinkrügen. Ich bin in meinem Leben sehr oft umgezogen. Oberfranken war immer eine Konstante, ein Stück heile Welt und der Ort, den ich Heimat nenne. Ein Kontrast zum Großstadtleben im Rhein-Main-Gebiet, später dann in Köln.

Welche Rolle spielt ihr Migrationshintergrund in ihrer politischen Arbeit?

Ich habe mich nie über meinen Migrationshintergrund definiert, denn ich bin in Deutschland geboren. Ich habe Deutschland immer bejaht und mich hat instinktiv gestört, wenn sich Einwanderer und ihre Nachkommen nicht integrieren oder dieses Land sogar offen ablehnen. Dass Einheimische demografisch in manchen Städten zur Minderheit werden, hielte ich in keinem Land für wünschenswert. Ich habe multikulturelle Realitäten in sozialen Brennpunkten kennen gelernt und die Probleme gesehen. In der politischen Arbeit spielt mein Migrationshintergrund natürlich eine Rolle. Ich werde oft gefragt, wie ich als jemand, der selber einen ausländischen Elternteil hat, in einer migrationskritischen Partei wie der AfD sein könne. Dann frage ich zurück: Wieso sollte ich als denkender Mensch nicht die begründete Position vertreten können, dass z.B. eine ungeregelte, zu große Zuwanderung schädlich für ein Land ist – für den Sozialstaat, für die Wirtschaft, für den gesellschaftlich-kulturellen Zusammenhalt? Meine politischen Einstellungen, die mich schon 2013 zur AfD geführt haben, basieren nicht auf diffusen Gefühlen, sondern auf handfesten Daten und Beobachtungen.

Wie bewerten Sie vor Ihrem Migrationshintergrund die aktuellen Aussagen zur „Remigration“, die laut Recherchen von Correctiv aus dem AfD-Umfeld stammen?

Bei den Veröffentlichungen von Correctiv handelt es sich um eine interessengeleitete Diffamierung. Die AfD soll im Superwahljahr 2024 rechtzeitig als wichtigste Oppositionspartei diskreditiert werden. Nicht umsonst hat man mit der Veröffentlichung gewartet, bis wir auf einem absoluten Umfragehoch waren und der Unmut über die Ampel-Regierung, neu angefeuert durch die Bauernproteste, am größten schien. Auf besagtem Privattreffen wurde mit keinem Wort über „Vertreibungen“ oder gar „Deportationen“ gesprochen. Das sind unsachliche Framings, die vom politischen Gegner gezielt gesetzt und leider von den meisten Medien unkritisch übernommen werden. Absurde Vergleiche mit der Wannsee-Konferenz sind eine grobe historische Relativierung der NS-Verbrechen. Es wurde über das politische Konzept einer Remigration diskutiert. Dieses Konzept ist nicht neu: Die AfD fordert seit Jahren die Ausweisung von Ausreisepflichtigen und ausländischen Schwerstraftätern, schärfere Grenzkontrollen, Abschaffung von Doppelstaatsbürgerschaften und eine Politik der Leitkultur, die Zuwanderer dazu anregt, Deutsche zu werden. Remigration als Gegenentwurf zur aktuell laufenden Rekordzuwanderung umfasst ausschließlich rechtsstaatliche Mittel. Ich teile dieses Ziel – so wie viele andere Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb und außerhalb der AfD.

Was sagen Sie zur Diskussion um ein AfD-Verbotsverfahren?

Die AfD ist eine Partei des Rechtsstaats. All ihre Forderungen sind legitim und stehen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Diskussion um ein Verbot halte ich für ein durchschaubares Manöver interessierter Vertreter in Politik, Vorfeldorganisationen und Medien, um eine unliebsame Oppositionspartei loszuwerden. Den Befürwortern eines Verbots geht es nicht um demokratischen Wettstreit der Lösungskonzepte für aktuelle Probleme, sondern um reinen Machterhalt. Sie wollen lieber über das Verbot der AfD diskutieren, die derzeit bundesweit fast ein Viertel der deutschen Wähler repräsentiert, statt in entscheidenden politischen Bereichen wie der Migration oder der Energiepolitik eine grundsätzliche Kurskorrektur vorzunehmen. Das sagt mehr über das Demokratieverständnis unserer politischen Gegner aus, als über uns.